

Grundsätzlich ist der Landtag mit der Novellierung des Sparkasengesetzes in der vorgelegten Form einverstanden. Die Regierung wird beauftragt, die bezgl. Gesetzesvorlage auszuarbeiten.

2. Niederlassungsbedingungen für Juden und Emigranten.

Reg. Chef: Wir werden gegenwärtig überschwemmt mit Gesuchen um Erteilung der Aufenthaltsbewilligungen im Lande. Nach der Praxis ist zu befürchten, dass sie niemehr nach Deutschland zurückkehren dürfen und so bleiben sie dann in jenen Ländern, wo sie wohnten. Mir scheint es ratsam zu sein, wenn man mit äußerster Vorsicht bei Neuerteilung von Aufenthaltsbewilligungen vorgeht und die schwersten Bedingungen daranknüpft. Grundsätzlich wäre überhaupt kein Jude mehr aufzunehmen. Wenn ein Fall aus Gründen der Arbeitsbeschaffung besonders gut ist, dann soll dies nur zu nur zu erschwerten Bedingungen möglich sein. Als solche würde ich vorschlagen die Hinterlage von soviel Geld, als heute für die Einbürgerung verlangt wird und die Hinterlage von einwandfreien Papieren, dass der Gesuchsteller ordnungsmäßig ausge-reist ist, ebenso muss der betreffende sich allgemeiner Honorigkeit erfreuen.

~~HOCH~~ Dr. Schädler übernimmt den Vorsitz.

Büchel: Ich möchte den Antrag stellen, dass auch die, welche bereits die Niederlassung haben, einer genauen Prüfung unterzogen werden. Es kann für uns noch einmal katastrophal werden.

Dr. Schädler: Ich teile die Sorgen des Reg. Chef vollständig und auch die des Abg. Büchel. Das weist sich im Falle Isenberg. Ich möchte diese Anträge wärmstens befürworten.

Risch Ferdi: Ich möchte den Antrag Büchels unterstützen. Es soll eine genaue Kontrolle stattfinden, sei es nun eine Jude, Italiener oder dergl.

Reg. Chef: Wenn einer sich nichts hat zu Schulden kommen lassen, wird es hart sein. Wir haben einen Fall Chantoff, wohin tun wir sie? In vielen Fällen wird es nicht leicht sein, aber immerhin haben wir einen gewissen Rückhalt, wenn der Landtag unserem Antrage zustimmt. Es wird vor allem bei denen hupern, die kein Geld haben.

Risch Ferdi: Die Regierung sollte keine Aufenthaltsbewilligungen erteilen, bevor nicht die betreffende Gemeinde gehört worden ist. Ich erwähne den Fall Römer, wo heute 3-4 Familienmitglieder zugewandert sind. Eines hat sogar noch ein liecht. Mädchen ins Unglück gebracht und ist fein heraus.

Reg.Chef: Davon wissen wir nichts und die hättest Du müssen von Schaan wegschicken. Wir müssen doch nicht in den Gemeinden herum-schnüffeln. Wir tun das, was möglich ist, um unerwünschte Ausländer fernzuhalten.

Vogt Georg: Wir haben auch eine neue Familie zugewandert bekommen, es ist eine Schweizer Familie, dessen Oberhaupt in Vaduz arbeitet und die Aussichten sind nicht besonders rosig.

Büchel: Ich möchte beantragen, die Kautions für die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung auf Frs. 50,000 zu erhöhen. Wenn sie das nicht leisten können, sind sie sowieso nicht interessant zum vorneherein.

Dr. Schädler: So würde der 1. Antrag lauten: Neue Niederlassungsbewilligungen werden nur erteilt bei Hinterlage einer Kautions von Frs. 50,000 und nur dann, wenn die Niederlassung von Emigranten im eminenten wirtschaftlichen Interesse des Landes ist. Ueberdies wäre Voraussetzung ein guter Leumund.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Dr. Schädler: Der 2. Antrag von Abg. P. Büchel lautet, dass die bestehenden Niederlassungen nachgeprüft werden sollen und falls die Prüfung ergibt, dass aus der bestehenden Niederlassung eine Gefahr für das Land besteht, soll diese nicht mehr erneuert und getraachtet werden, die Leute aus dem Lande zu bringen.

Dieser Antrag wird ebenfalls einstimmig angenommen.

3. Freigabe von Kautionen von Eingebürgerten.

Reg.Chef verliest das Gesuch des Neueingebürgerten Kocherthaler, der nach Spanien zurückkehren und die Kautions von Frs. 60,000 frei bekommen möchte.

Der Landtag beschliesst einstimmig mit Rücksicht auf den bestehenden Landtagsbeschluss, der die Stellung dieser Kautionen bestimmte, Ablehnung des Gesuches.

4. Bewilligung des Expropriationsrechtes an die Gemeinde Schaan im Falle Ant. Ospelt und nötigenfalls bei Bernh. Kaiser.

Präsident klärt über den Fall auf und erwähnt, dass ein paar Lösungen versucht worden seien, jedoch erfolglos.

Bischof Ferdi bemängelt, dass das Bauamt zu wenig Wachsamkeit zeige, wenn an den Landstrassen Zäune erstellt werden. Es werden öfters Zäune zu weit herausgesetzt und das Bauamt schaue nicht um.